

## „Dem Extremismus Paroli bieten“ – Landesfachverbände für Kampfsport unterzeichnen gemeinsames Positionspapier

Auf dem diesjährigen Jugendhauptausschuss der Brandenburgischen Sportjugend am 19. September unterzeichneten die Landesfachverbände für Kampfsport in Brandenburg ein gemeinsames Positionspapier, in dem sie sich gegen antidemokratische und rassistische Bestrebungen und Aktivitäten positionieren und deutlich machen, dass sie auf der Basis der Werte des Sports eine Stärkung der Kultur der Anerkennung, Partizipation und Demokratie anstreben.

Der Jugendhauptausschuss bot für dieses erstmalige und bedeutende Ereignis einen würdigen Rahmen. In den einführenden Worten des Leiters der Abteilung Verfassungsschutz im Innenministerium, Herrn Carlo Weber, wurde die Initiative sehr begrüßt und dem Engagement der Kampfsportverbände ausdrücklich gedankt. Im Beisein des Präsidenten des Landessportbundes Brandenburg e.V., Herrn Wolfgang Neubert, des Geschäftsführer des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung, Herrn Dirk Wilking, des Vorstandsvorsitzenden der Brandenburgischen Sportjugend, Peter Bohnebeck sowie weiterer wichtiger Akteure aus Politik und Sport unterzeichneten die Vertreter der Kampfsportverbände am Abend das gemeinsame Positionspapier.



*Carlo Weber (Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg), Robert Busch (Jugendsekretär der Brandenburgischen Sportjugend), Anne Rübner (Projektkoordinatorin „Beraten Bewegungen – DRANBLEIBEN“), Uwe Koch (Projektleiter „Beraten Bewegungen – DRANBLEIBEN“), Waldemar Franke (Jugendwart Amateur-Box-Verband Land-Brandenburg e.V.), Günter Ixmamm (Präsident Taekwondo-Verband Berlin Brandenburg e.V.), Danny Eichelbaum (Präsident Ringerverband Brandenburg e.V.), Michael Gust (Präsident Brandenburgischer Ju-Jitsu Verband e.V.), Dirk Krüger (Vizepräsident Brandenburgischer Judo Verband e.V.), Volkmar Ritter (Präsident Karate Dachverband Land Brandenburg e.V.), Peter Bohnebeck (Vorsitzender der Brandenburgischen Sportjugend), Wolfgang Neubert (Präsident des Landessportbundes Brandenburg e.V.). (v.l.) Weiterhin wurde das Positionspapier im Vorfeld von der Berlin-Brandenburger Kickboxunion e.V. durch den Präsidenten Lars Kremps unterzeichnet). Foto: Brandenburgische Sportjugend*

Die Zusammenarbeit der Brandenburgischen Sportjugend mit den Landesfachverbänden für Kampfsport hat sich in den vergangenen Jahren im Rahmen des Projektes „Beraten Bewegten – DRANBLEIBEN“, das aus Mitteln des beim Bundesministerium des Inneren angesiedelten Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gefördert wird, intensiviert.

Ausgangspunkt waren die Verfassungsschutzberichte der Jahre 2010 bis 2012, die dokumentierten, dass Kampfsport in der rechtsextremistischen Szene Brandenburgs zunehmend an Popularität gewinnt. In diesem Zusammenhang wurden einige Vorfälle beobachtet, in denen insbesondere Kickboxen und sogenannte Freefight-Veranstaltungen als Plattform rechtsextremistischer Agitation instrumentalisiert wurden. Der Kampfsport wird dazu genutzt, einige ausgewählte Werte und Tugenden, wie Disziplin, Härte, körperliche Fitness oder Selbstüberwindung mit neonationalsozialistischer Ideologie zu verbinden. Die Gefahr, dass Rechtsextreme gezielt (Kampfs-)sportvereine nutzen, sich als Sponsoren zur Verfügung stellen, Vorbildfunktion als Trainer oder Übungsleiter erlangen und daraufhin Sympathisanten werben rief die Landesfachverbände für Kampfsport auf den Plan. Es folgte ein erstes gemeinsames Treffen zum Informationsaustausch im April 2013.

Einige Kampfsportverbände hatten sich bereits zu diesem Zeitpunkt dem Thema angenommen und engagieren sich seither auf vielfältige Weise, indem sie beispielsweise Kinder, Jugendliche und Trainer (Multiplikatoren) zu Gefahren und Strategien des Rechtsextremismus im (Kampf-)Sport aufklären und für geeignete Präventionsmaßnahmen sensibilisieren, Anti-Gewalt-Trainings oder Aktionen gegen Diskriminierung durchführen.

Seither steht die Brandenburgische Sportjugend mit ihrem Projekt „Beraten Bewegten – DRANBLEIBEN“ im regelmäßigen Austausch mit den Verbänden und hat bereits verschiedene Informations- und Fortbildungsmaßnahmen für Multiplikatoren/-innen in den jeweiligen Verbänden durchgeführt. Das Positionspapier entstand ebenfalls aus dieser Zusammenarbeit heraus und bildet die Grundlage für weitere Maßnahmen und Initiativen, um dem Extremismus Paroli zu bieten.